

Budgetkürzungen beim AMS

Trotz steigender Arbeitslosigkeit fehlen dem Arbeitsmarktservice Millionen, um das aktuelle Niveau zu halten.

SCHWARZACH Während die Arbeitslosenzahlen steigen, sinkt das AMS-Budget. In Vorarlberg muss das Arbeitsmarktservice 2025 mit fast fünf Prozent weniger auskommen als 2024. Weniger Geld bedeutet weniger Plätze für arbeitslose Menschen bei AMS-Angeboten, fasst Geschäftsführer Bernhard Bereuter zusammen. Auch das Arbeitsmarktservice selbst wird von Kürzungen betroffen sein.

3,7 Millionen Euro fehlen

11.376 Menschen sind derzeit in Vorarlberg arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Plus von 7,3 Prozent. „Wir gehen davon aus, dass die Zahlen Anfang 2025 steigen werden.“ Die Lage könnte sich zwar im zweiten Halbjahr wieder verbessern. „Ein gewisses Risiko gibt es bei den Prognosen aber immer.“

Ungeachtet dessen bleibt dem AMS-Chef weniger Budget. Statt 43 Millionen Euro im heurigen Jahr werden dem Arbeitsmarktservice in Vorarlberg 2025 41,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wird die Teuerung einberechnet, fehlen 3,7 Millionen Euro, um das aktuelle Niveau zu halten. Ein Beispiel: Für sozialökonomische Betriebe wie die Aqua-Mühle oder Integra wird sich am Budget zwar nichts ändern. Da die Kosten aufgrund der Teue-

rung aber höher sein werden, fallen in ganz Vorarlberg etwa zehn Beschäftigungsplätze weg. Das sind zehn Plätze weniger für Langzeitarbeitslose.

Gleichzeitig sind auch in anderen Bereichen Abstriche notwendig, etwa bei Bewerbungstrainings. Bei der Beratung und Betreuung gibt es ebenso Einschnitte. Der Personalabbau beim AMS gehe weiter, so Bereuter. In Vorarlberg werde das Team um eineinhalb Vollzeitstellen reduziert. „Gerade, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, hat das zur Konsequenz, dass das zahlenmäßige Verhältnis von Beratern zu Kunden wieder steigen wird.“ Die Betreuungsdensität sinke.

„Eigentlich müsste man den Personalabbau im AMS gerade jetzt aussetzen.“

Bernhard Bereuter
AMS Vorarlberg



„Das ist keine gute Entwicklung in einer Zeit wie dieser“, kritisiert der AMS-Chef. „Eigentlich müsste man den Personalabbau gerade jetzt aussetzen. Nicht auf Dauer, aber zumindest für das kommende Jahr.“ Bereuter hofft, dass die neue Bundesregierung auf die aktuelle Lage reagiert und mit neuen Programmen plant, zum Beispiel für mehr temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten in sozialökonomischen Betrieben. Der AMS-Chef verweist ebenso auf die Arbeit mit Geflüchteten, da werde bereits viel in Richtung Basisqualifizierung,



Statt 43 Millionen Euro im heurigen Jahr werden dem Arbeitsmarktservice in Vorarlberg 2025 41,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

APA

Pflichtschulabschluss und Spracherwerb getan.

Keine Einschränkungen soll es bei den Jugendangeboten geben. Die Maßnahmen zur Fachkräfteausbildung bleiben ebenfalls aufrecht: Lehrstellenförderung, Stiftungsmodell oder Campus Metall, zählt Bereuter auf. Die 130 Plätze im Ausbildungszentrum für Jugendliche, die eine Lehre beginnen wollen, aber am primären Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben, bleiben auch bestehen. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt überdurchschnittlich. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs sie um 13,7 Prozent. Umso wichtiger sei es, dass das AMS ein dichtes und gutes Auffangnetz für Jugendliche beibehalte.

Gleiches gelte für die Qualifizierung von Arbeitslosen, sagt Bereuter. Man müsse die Zeit nutzen. Im Oktober lag die Arbeitslosenquote bei 6,1 Prozent. Bei jenen, die maximal einen Pflichtschulabschluss vorweisen, betrug sie 17,3 Prozent. Bei jenen mit Lehre zählte das AMS fünf Prozent Arbeitslose. Die Gruppe von AHS- oder BMHS-Absolventen liegt bei zwei bis drei Prozent. Die beim AMS gemeldeten offenen Stellen erfordern zu zwei Drittel mindestens einen Lehrabschluss. 47 Prozent der vorgemerkten Arbeitslosen verfügen aber lediglich über einen Pflichtschulabschluss oder weniger.

Schwerpunkt Fachkräfte

Daher müsse die Fachkräfteausbildung ein Schwerpunkt bleiben, erklärt der AMS-Chef. „Nur so können wir die Arbeitslosigkeit mittelfristig senken.“ Zudem benötige es Programme für neue Kompetenzen wie in der Digitalisierung oder Ökologisierung, „dass man gut vorbereitet ist und dadurch bessere Arbeitsmarktchancen hat“. Und: Die demografische Entwicklung bedinge, dass es in manchen Bereichen künftig zu wenig Arbeitskräfte geben werde. Umso wichtiger sei es, jetzt zu investieren. **VN-EBI**



EINFACH MEHR ERFAHREN
<https://VN.AT/sunOCH>

Ludescher Grünzone mit Hintertür

Grundstücke in der Landesgrünzone sollen nicht umgewidmet werden. Vorerst.

LUDESCH, SCHWARZACH Was haben Ball in Ludesch, Vögel in Bludesch, Blum in Gaißau gemeinsam? Ihre Betriebe stehen zum Teil auf Grundstücken, auf denen sie eigentlich nicht sein dürften. Sie befinden sich in der Landesgrünzone. Und seit 2022 steht fest: Sonderwidmungen sind in der Grünzone nicht möglich. Dieses Problem wird aktuell behoben.

Die Diskussion entstammt einer geplanten Betriebserweiterung in Ludesch. 2019 stimmte die Bevölkerung der Gemeinde mehrheitlich gegen eine Umwidmung von Grünland in ein Betriebsgebiet. Ein Jahr später hob der Verfassungsgerichtshof das Ergebnis der Volksabstimmung auf, im Jahr 2022 stellte

er fest, dass Sonderwidmungen für Betriebserweiterungen in der Landesgrünzone nichts verloren haben. Seitdem kehrt keine Ruhe ein: Kürzlich hat sich die Ludescher Gemeindevertretung wieder mit zwei Anträgen beschäftigt: Land und Gemeinde rätseln weiterhin, wie mit einem Antrag aus dem Jahr 2016 umgegangen wird.

Lange Geschichte

Der Urheber der Anträge in Ludesch ist die Liste Lutz. Im ersten Antrag fordert sie, dass ein Beschluss der Gemeindevertretung aus dem Jahr 2016 aufgehoben wird. Damals beantragte die Gemeinde beim Land, dass für die geplante Erweiterung 6,5 Hektar Fläche des Betriebsgebiets Neugut aus der Landesgrünzone entnommen werden. Die Landesregierung startete dieses Verfahren im Jahr 2019 und stoppte es nach der Volksabstimmung. Die Gemeinde wartet

immer noch auf eine Entscheidung. Aus der Landesregierung heißt es aber: „Seit diesem Zeitpunkt wurde stets gegenüber der Gemeinde kommuniziert, dass keine weiteren Schritte unternommen werden, bevor sich die Gemeinde Ludesch nicht klar zur zukünftigen Entwicklung in diesem Bereich positioniert und dass eine eindeutige Willensbildung Voraussetzung für weitere Verfahrensschritte ist.“

In Ludesch ist man überzeugt, dass dies soeben mit dem Räumlichen Entwicklungsplan (REP) geschieht. Darin ist statt „Neugut“ vom „Betriebsgebiet Ost“ die Rede, das erst entwickelt werden soll, wenn der REP genehmigt worden ist - und frühestens in zehn Jahren. Für Bürgermeisterin Alexandra Schalegg ist damit klar, dass in den kommenden zehn Jahren keine Umwidmung erfolgen wird. Wichtig sei aber, dass für nachfolgende Generationen Optionen offen ge-

halten werden. Keiner wisse, was die Zukunft bringt. „Dies sowohl in Hinblick auf die Notwendigkeit zur Sicherung landwirtschaftlicher Flächen als auch der Schaffung von Flächen für Betriebe im Neugut. Eine Herausnahme aus der Landesgrünzone ist nur in Abstimmung mit dem Land Vorarlberg möglich.“

Mit dem zweiten Antrag in der Ludescher Gemeindevertretung forderte die Liste Lutz, dass das Betriebsgebiet aus dem REP gestrichen wird. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Kurt Hänslar von der Liste Lutz begründet, dass ein REP dem Landesraumplan nicht widersprechen dürfe. Schließlich muss er vom Land genehmigt werden. Im Landhaus betont man hingegen, dass darin auch Entwicklungsmöglichkeiten in der Landesgrünzone beschrieben werden dürfen, die erst nach Herausnahme aus der Grünzone möglich sind. Jetzt liegt der REP zur Vorprüfung im Land.

Landesgrünzone in Vorarlberg



VN-GRAFIK, QUELLE: © LAND VLBG.

Ludesch wird die Verantwortlichen noch länger beschäftigen. **VN-MIP**



EINFACH MEHR ERFAHREN
<https://VN.AT/sunOCH>

Koalition: Budgetgespräche in entscheidender Phase

WIEN Die Koalitionsverhandlungen werden wieder intensiver. Am Mittwochnachmittag trafen sich die Chefs der drei Verhandlerteams mit Experten zu Gesprächen über die Konjunktur. Für heute ist schon das nächste Treffen der Vorsitzenden von ÖVP, SPÖ und Neos angesetzt. Da sollen die Budgetzahlen möglichst außer Streit gestellt werden.

Zuletzt war von einem Konsolidierungsbedarf zwischen 15 und 23 Milliarden Euro die Rede. Die SPÖ drängt darauf, rasch die Daten außer Streit zu stellen, um einen Konsolidierungspfad zusammenstellen zu können. Die ÖVP will noch aktualisierte EU-Zahlen abwarten, die aber erst Mitte des Monats vorliegen sollen. Am Mittwoch zeigten die neuesten Wirtschaftsdaten ein



Neos, ÖVP und SPÖ verhandeln weiter über das Budget.

APA

überraschend negatives Bild. Das BIP-Minus von 0,6 Prozent im dritten Quartal ist deutlich höher als die vom Wifo prognostizierten 0,1 Prozent.

Gefahr durch kindliche Neugier

Die zweijährige Rosa aus Dornbirn ist eine kleine Entdeckerin – mutig, neugierig, erfinderisch und voller Staunen über die Welt um sie herum. Für sie ist alles ein Abenteuer: eine Blume im Garten, eine Kerze auf dem Tisch, eine Pfanne auf dem Herd.

Doch was für Rosa neu und aufregend ist, kann auch unerwartete Gefahren bergen. In Österreich verunglückt alle fünf Minuten ein Kind so schwer, dass es ärztlich behandelt werden muss. Wie können sich Eltern auf einen sicheren Familienalltag vorbereiten? Das haben sich auch Rosas Eltern, Astrid und Tobias, gefragt, als ihre Tochter 2022 das Licht der Welt erblickte. Astrid stößt kurz nach Rosas Geburt auf OB-



Worauf muss die Familie nun achten?

ACHT, ein Programm von „Sicheres Vorarlberg“, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Eltern mit altersgerechten Sicherheitstipps zu versorgen. Und dann, vor zwei Monaten, kommt Hannes zur Welt...

ANZEIGE